Nationales Begleitgremium
FÜR EIN FAIRES VERFAHREN

Protokoll

64. Sitzung des Nationalen Begleitgremiums

19. Juli 2022

Ort: Berlin & Online mit Livestream-Übertragung
Hotel Rossi
Lehrter Straße 66
10557 Berlin

Zeit: 11:00 – 17:00 Uhr öffentliche Sitzung

Teilnehmende:

Mitglieder des Nationalen Begleitgremiums (NBG)

Dr. Günther Beckstein, Klaus Brunsmeier, Dr. Dr. h.c. Markus Dröge, Marion Durst, Tobias Flieger (entschuldigt), Prof. Dr. Rainer Grießhammer, Prof. Dr. Armin Grunwald, Jo Leinen, Annette Lindackers, Dr. habil. Monika C.M. Müller, Prof. Dr. Werner Rühm, Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Sauerbrey, Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister, Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth, Prof. Dr. Miranda Schreurs, Arnjo Sittig, Jorina Suckow, Dr. Manfred Suddendorf (entschuldigt)

Geschäftsstelle

Laura Adam, Na Becker, Aygül Cizmecioglu, Yvonne Hellwig, Yasmine Kühl, Venio Quinque, Dr. Claudia Strobl, Dr. Heiko Zumsprekel

Gäste

NBG Sachverständige: Prof. Dr. Jan Behrmann, Dr. Christian Bücker, Dr. Jürgen Grötsch, Prof. Dr. Michael Kühn, Dr. Michael Weber

*Vertreter*innen der Institutionen*

BASE: Evelyn Bodenmeier, Dr. Monika Arzberger, Dr. Maike Weißpflug
BGE: Ivonne Damaschke, Dagmar Dehmer, Esther Neye, Katharina Schell, Lisa Seidel, Anna Turmann,

Leitung der Sitzung:

Prof. Dr. Armin Grunwald

TOP 1

Begrüßung durch Armin Grunwald
Bericht aus der internen Sitzung

Armin Grunwald eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

Bericht aus der internen Sitzung:

- Es wurde eine Beauftragung der Sachverständigen nach § 35 Geologiedatengesetz beschlossen bzgl. heterogener Datenlage im Ton und heterogener Datenlage im Kristallin.

- Weiterhin hat sich das NBG ausgetauscht über die Akteneinsicht vom Vortag beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Dies wird in der öffentlichen Sitzung noch ausführlich besprochen werden.

- Strukturelle Probleme im Verfahren und der Institutionen: Es soll eine Problemanalyse durchgeführt werden, die Im Herbst diskutiert und veröffentlich werden soll.

- Vorschau auf die NBG September-Sitzung und Veranstaltung in Ahaus.

TOP 2

Einladung zum Runden Tisch (Armin Grunwald, Information)

Armin Grunwald informiert über das geplante NBG-Format „Runder Tisch“ und führt in den Planungsstand ein.

Das NBG wird zur Veranstaltungsreihe „Runder Tisch“ einladen. Ziel ist weiterhin, den Rahmen für das gemeinsame Lernen und für die notwendige Organisationsentwicklung zwischen BASE, BGE und NBG zu schaffen.

Die Ko-Vorsitzenden haben zunächst die Berichterstatter*innen der Koalition angeschrieben mit der Bitte zur gegenseitigen Abstimmung. Geplant ist eine Auftaktsitzung zwischen dem 26. und 30. September 2022. Die Mitglieder haben vereinbart, dass in Absprache mit den Beteiligten alle weiteren Berichterstatter*innen (Nachfolge Wenzel sowie Opposition) rechtzeitig eingebunden werden.

Das NBG versendet Einladungen zum Runden Tisch an die genannten Institutionen nach der Rückmeldung der MdB über ihre Teilnahme und ggf. gastgebende Rolle.

Die Vergabe einer externen Moderation der Auftaktveranstaltung des Runden Tisches soll von der Geschäftsstelle vorbereitet und in den August-Sitzungen der FG IV und des NBG auf den Weg gebracht werden.

Die Folgetreffen des Runden Tisches nach der Auftaktveranstaltung sollen mit NBG, BASE, BGE vertraulich im geschützten Raum durchgeführt werden. Die Auftaktveranstaltung hat somit einen dezidiert anderen Charakter als die Fortsetzungstermine.

Asta von Oppen (PFE) appelliert, die Veranstaltungsreihe für die Zivilgesellschaft zu öffnen sowie das BMUV einzubeziehen.

Monika Arzberger (BASE) betont, dass auch für das BASE der Dialog zwischen den Institutionen wichtig ist, insbesondere in Fragen der Öffentlichkeitsbeteiligung, denn der Gesetzgeber hat hier den Institutionen spezifische Rollen und Aufgaben zugewiesen. Zuletzt hätte man mit dem Planungsteam Forum Endlagersuche ein Format des

gemeinsamen Austausches gefunden. Dort ist auch die Zivilgesellschaft vertreten. In einem für die Öffentlichkeit nicht mehr leicht nachzuvollziehenden Akteurs- und Institutionengeflecht sieht das BASE die Etablierung eines weiteren Veranstaltungsformats sehr kritisch. Ziel muss es sein, die Akzeptanz des Verfahrens und das Vertrauen in die handelnden Institutionen zu stärken. Ein Runder Tisch ohne klar definierte Fragestellung ist für das BASE aus methodisch-fachlicher Sicht hierfür ein wenig geeignetes Instrument.

TOP 7 betont Frau von Oppen, dass die Klärung der Trennung Aufsicht und Fachaufsicht am BASE die zivilgesellschaftlichen Mitglieder im PFE wie kaum ein zweites umtreibt. Wenn die zivilgesellschaftlichen Akteure das Gefühl haben, dass dort Themen besprochen würden, die ihnen unter den Nägeln brennen, möchten die sich am Verfahren beteiligende Zivilgesellschaft nicht nur informiert werden. Entscheidungen über die Köpfe der Ehrenamtlichen hinweg würde die Nichtteilnahme am Endlagersuchverfahren verstärken. Eva Bayreuther (PFE) pflichtet im späteren Diskussionsteil der Sitzung (TOP 7) bei, dass jetzt in dieser Phase des Verfahrens die zukünftig relevanten Narrative entstehen, ob die Öffentlichkeitsbeteiligung gut gelaufen sei.

Armin Grunwald erläutert den Sinn des Runden Tisches: interne Vertrauensbildung, Austausch im geschützten Raum. Asta von Oppen ergänzt dazu, auch Vertreter der Zivilgesellschaft könnten bei Teilnahme zur Vertraulichkeit verpflichtet werden.

Maike Weißpflug gibt im späteren Diskussionsteil der Sitzung (TOP 7) zu bedenken, dass das Verfahren nicht mit einer beliebig großen Anzahl von Gesprächsformaten überfrachtet werden solle. Das Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE) sei ja auch bereits ein gemeinsames Austauschformat. Zielsetzung und Funktion der Formate müssten klar definiert sein, Dopplungen seien zu vermeiden.

Armin Grunwald wirbt dafür, das Format „Runder Tisch“ als Experiment anzusehen, das entweder gelingt oder eben nicht gelingt. Das NBG könne auch keine Themen vorgeben, das würde der Idee eines Runden Tisches widersprechen. Es handle sich dabei eben um eine Sache, die man erst einmal machen muss, um dann zu sehen, ob es eine gute Idee ist.

Weitere Diskussion im Slot „Fragen aus der Öffentlichkeit“ (TOP 7).

TOP 3

Gemeinsamer Austausch mit Vertreter*innen des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung/BASE über die Akteneinsicht in ihrem Hause (Diskussion; Markus Dröge)

Markus Dröge berichtet, dass das NBG in seiner internen Sitzung eine positive Bilanz gezogen habe und bedankt sich beim BASE. Aus Sicht des Gremiums sei der erste Schritt für die Entwicklung einer gemeinsamen Kultur bei der Einsichtnahme gelungen. Das NBG hatte einen Fragenkatalog mit sechs Themenbereichen vorbereitet, die jeweils in Zweier-Gruppen abgearbeitet wurden. Die Themenbereiche waren:

- Aktenplan / Konzepte zur Öffentlichkeitsbeteiligung in den kommenden zwei bis drei Jahren
- Jugendbeteiligung
- Entwicklung der Selbstorganisation von der Fachkonferenz Teilgebiete hin zum Forum Endlagersuche / Öffentlichkeitsarbeit

- Informationskampagne „Info-Aktionen“
- Konzepte zur Aufsichtsfunktion im Standortauswahlverfahren
- Grenztemperatur

Die in der Einsicht gewonnenen Erkenntnisse werden nun im Rahmen der Fachgruppenarbeit aufbereitet. Weiter äußerte Markus Dröge auch einige konstruktive Kritikpunkte und weiterführende Punkte zur Diskussion, z.B. die Ausgestaltung der Verschwiegenheitserklärung, die unterschiedlichen Zugriffsrechte der BASE-Mitarbeitenden und somit der Mitglieder des NBG innerhalb des Aktenführungssystems VBS und die Tatsache, dass viele Dokumente nicht dort, sondern auf den Gruppenlaufwerken der einzelnen Referate abgelegt seien. Darüber hinaus wäre es für das Gremium sehr hilfreich, wenn auch die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle Akteneinsicht nehmen dürfen.

Auch die Mitarbeitenden das BASE ziehen eine positive Bilanz. Frau Bodenmeier bilanziert, dass der Termin einen stark dialoghaften Charakter gehabt habe. Das BASE erkenne den Wunsch des NBG nach Austausch, regt jedoch an, künftig Dialog und eigentliche Akteneinsicht stärker zu trennen.

Es werde ein gemeinsamer Prozess zur Optimierung der Akteneinsicht angestrebt. Dazu gehöre die Einbeziehung der Geschäftsstelle des NBG ebenso wie das Bemühen, die Akteneinsicht so zu gestalten, dass eine Verschwiegenheitserklärung nicht notwendig sei.

TOP 4

Vorstellung der fünf aktuellen Gutachten der Sachverständigen des NBG:

Gutachten zur Methodenentwicklung für die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen:

- **Wirtsgestein Kristallin am Beispiel des Gebiets zur Methodenentwicklung "Saxothuringikum" (Prof. Dr. Jan Behrmann)**
- **Wirtsgestein Ton am Beispiel des Gebiets zur Methodenentwicklung "Opalinuston" (Dr. Jürgen Grötsch)**
- **Wirtsgestein Steinsalz (flache Lagerung) am Beispiel des Gebiets zur Methodenentwicklung "Thüringer Becken" (Prof. Dr. Michael Kühn)**
- **Wirtsgestein Steinsalz (steile Lagerung) am Beispiel des Gebiets zur Methodenentwicklung "Salzstock Bahlburg" (Dr. Michael Weber)**

Gutachten zur aktuellen Datenlage im Datenraum der Bundesgesellschaft für Endlagerung/BGE (Dr. Christian Bücker)

(Information, Diskussion; Fachgruppe II Geologie und Grundlagen-daten, Maria-Theresia Schafmeister)

Maria-Theresia Schafmeister informiert über die Änderungen in der Reihenfolge der Präsentationen und über den organisatorischen Ablauf der Vorträge und Diskussion.

Vier der Sachverständigen sollten für die von der BGE benannten Wirtsgesteine an den Beispielen der Gebiete zur Methodenentwicklung die Festlegung der Untersuchungsräume, die Methodik der rvSU, die Wechselwirkungen zwischen rvSU und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien, die Verwendung von Referenzdaten bei den Geosynthesen sowie die öffentliche Vorstellung der Methodenentwicklung und die Begleitung der Online-Konsultation begutachten und bewerten. Im Gutachten von Herrn Bücker wurde die aktuelle Datenlage im Datenraum der BGE bewertet.

Michael Weber erläutert, wie potenziell der Internbau von Salzstöcken mit der Reprozessierung von Rohdaten genauer aufgelöst werden könnte, weist aber gleichzeitig auf den großen technischen Aufwand und die bestehenden Probleme bei der Datenverfügbarkeit für die 60 Teilgebiete mit dem Wirtsgestein Steinsalz in steiler Lagerung hin.

Michael Kühn hebt insbesondere hervor, dass die BGE Strategien für den Umgang mit und bei unterschiedlicher Datenlage erarbeiten muss und Qualitäts- und Plausibilitätskontrollen notwendig sind, um die Verlässlichkeit und Reproduzierbarkeit der Methoden zu belegen und um Ungewissheiten sowie eine nicht hinreichende Datenlage beurteilen zu können.

Jürgen Grötsch zieht den Vergleich zwischen der Methodenentwicklung der rvSU und der Planung und Durchführung von Projekten zur Exploration von Kohlenwasserstoffen. Die Darstellung von günstigen / ungünstigen Eigenschaften und Ungewissheiten erläutert er am Prinzip der „italienischen Flagge“ und empfiehlt, den „weißen Raum“ der Ungewissheiten früher im Verfahren zu erkennen und zu berechnen als derzeit von der BGE vorgesehen. Er weist zudem auf die faziell bedingte Verbreitung von sandigen / kalkigen Lagen im Gebiet zur Methodenentwicklung „Opalinuston“ sowie auf die Möglichkeiten zur räumlichen Erfassung dieser Lagen hin.

Jan Behrmann hält den Gebrauch von Referenzdaten für Teilgebiete mit dem Wirtsgestein Kristallin für unerlässlich. Es muss aber erklärt werden, warum man sie benutzt. Beim gegenwärtigen Arbeitsstand empfiehlt er dringend, ausgearbeitete Konzepte für Endlager mit und ohne einschlusswirksamem Gebirgsbereich im kristallinen Wirtsgestein zusammen mit der Analyse und Entwicklung von entsprechenden Behälter- und Barrierekonzepten zu entwickeln.

In seinem Gutachten zur aktuellen Datenlage im Datenraum der BGE kommt Christian Bücker zu dem Ergebnis, dass sich insgesamt die öffentliche Datenlage gegenüber März 2021 signifikant verbessert hat. Weitere wichtige Daten zum tieferen Untergrund Deutschlands, insbesondere analoge Bohrakten wurden allerdings noch nicht allumfassend recherchiert und müssen häufig noch gescannt werden. Die interaktive Web-Karte der BGE stellt ein zentrales Mittel für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit dar und muss weiter ausgebaut werden (Beispiel DISKOS-Datenbank Norwegen).

Alle Sachverständigen halten die von der BGE entwickelte Methodik im Grundsatz für geeignet. Die Datenverfügbarkeit ist nach Ansicht aller Sachverständigen allerdings noch deutlich zu verbessern und die Methodik in vielen Aspekten weiterzuentwickeln.

Die Sachverständigen diskutieren mit den NBG-Mitgliedern und Gästen u.a. folgende Punkte:

- zeitlicher Aufwand und die Realisierbarkeit der Recherche und Aufarbeitung fehlender Daten
- Zeitpunkt eines Vergleichs unterschiedlicher Wirtsgesteine im Verfahren

- Risikomanagement der BGE und Berücksichtigung technischer Risiken
- Veröffentlichung von Eingangsdaten der derzeit verwendeten 3D-Modelle der Staatlichen Geologischen Dienste und noch zu entwickelnden 3D-Modellen der BGE
- öffentliche Diskussion bei der Bestimmung von Schwellenwerten zur Datenlage
- Informationsfluss der Handlungsempfehlungen aus den Gutachten und der weitere Umgang mit ihnen.

Der Vorschlag von Miranda Schreurs, der BGE auf einer der nächsten Sitzungen die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Gutachten zu geben, wird im Gremium und seitens der BGE befürwortet.

TOP 5

Bericht über das Gespräch mit der Bundesgesellschaft für Endlagerung/BGE am 04.07.2022 (Information; Miranda Schreurs)

Miranda Schreurs berichtet vom Gespräch mit BGE am 4.7.2022, welches auf Grund der vorausgegangenen Akteneinsicht der Ko-Vorsitzende und Mitarbeitenden der Geschäftsstelle stattgefunden hatte. Im Rahmen des Gesprächs zwischen BGE und NBG wurden Fragen zum Entscheidungsmanagement innerhalb des Bereichs Standortauswahl der BGE erörtert. Der Austausch hat sich sehr konstruktiv gestaltet und man bittet die BGE, das Entscheidungsmanagement in einer der nächsten Sitzungen der Öffentlichkeit vorzustellen.

Lisa Seidel ergänzt, dass das Entscheidungsmanagement des Bereichs Standortauswahl es den Mitarbeitenden ermögliche, die Notwendigkeit von zu treffenden Entscheidungen darzustellen und zeitnah und transparent nachvollziehbar eine Entscheidung für das weitere Vorgehen zu erhalten. Im Rahmen des Entscheidungsmanagements werden diese darüber hinaus nachvollziehbar dokumentiert und allen Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt. Weiter äußert sie Kritik an der Darstellung des Treffens auf der Website des NBG. Es ginge nicht um eine Gegenüberstellung von Wissenschaft und Wirtschaftlichkeit im Rahmen der übertägigen Erkundungen, sondern die Planungsprämisse sei für die grobe Abschätzung des möglichen Bedarfs an personellen und finanziellen Ressourcen für die nächsten Jahre notwendig gewesen.

TOP 6

NBG-Veranstaltung „Welche Rolle spielen die Kommunen bei der Endlagersuche?“ am 20.09.2022 (Information; Günther Beckstein)

Jo Leinen informiert und stellt den Organisationsstand der für September geplanten Online-Veranstaltung „Welche Rolle spielen die Kommunen bei der Endlagersuche?“ (20.9, 16-18.30 Uhr) vor. Günther Beckstein wird in die Veranstaltung mit einem Kurzinput einführen sowie das Schlusswort übernehmen, Jo Leinen moderiert.

Das NBG möchte in der Online-Veranstaltung den Rahmen dafür bieten, dass verschiedene kommunale Vertreter*innen in der aktuellen Phase miteinander sprechen und ihre Perspektiven/Erfahrungen einbringen können. Das NBG bietet damit die Austauschplattform für den Dialog der Zivilgesellschaft über das Suchverfahren und den Ablauf der Öffentlichkeitsbeteiligung konkret in den Regionen. Ziel ist es, die Phase, in der die Regionen von der BGE ausgewählt werden („Beteiligungslücke“), dialogisch zu begleiten.

Das Podium für die Kommunen-Veranstaltung ist finalisiert. Zugesagt haben zum Sitzungszeitpunkt vier Podiumsgäste: zwei Kreistagsmitglieder, eine Bürgermeisterin sowie eine Gemeinderätin. Es wurde bei den Einladungen eine paritätische Besetzung angestrebt (Partei, Geschlecht, Bundesland, Ost/West). Die Podiumsgäste stammen zudem aus betroffenen Teilgebieten der Endlagersuche. Vorgesehen ist für den ersten Diskussionsteil bei vier Gästen eine Redezeitbegrenzung von 5-7 Minuten.

Anmeldung zur Veranstaltung ist bereits über die NBG-Homepage möglich:
https://www.nationales-begleitgremium.de/SharedDocs/Termine/DE/NBG-Termine_Veranstaltungen/NBG-Veranstaltung_Kommunen_20_9_2022.html

TOP 7

Fragen aus der Öffentlichkeit

(1:1 Transkription von YouTube-Stream, TC 5:22:00 – 5:36:40)
https://www.youtube.com/watch?v=RUwlvhTddJs&t=6785s

Von: Asta von Oppen
An: NBG
Thema: Runder Tisch
Anmerkung
„Das Thema mit dem Runden Tisch treibt mich etwas um. Herr Grunwald, Sie haben das so kategorisch gesagt: Wir machen das jetzt so! Also Frau Arzberger hat das angemerkt. Ich habe das angemerkt. Ich halte das für wirklich problematisch. Sie haben ja in einem anderen Zusammenhang gesagt, dass sie dieses „Verflechtungsgutachten“ in Auftrag geben wollen – oder eine Betrachtung. Das scheint mir extrem wichtig zu sein. Ich möchte nochmal appellieren, dass Vertreter*innen der Zivilgesellschaft mit einbezogen werden und vor allen Dingen auch, dass das BMUV da mit einbezogen wird. Denn das ist das, was wir vermissen: Es geht ja immer wieder um die Klärung der Rollen, der Aufsicht und der Fachaufsicht etc. Und wenn wir jetzt den Eindruck haben, das jetzt an diesem Runden Tisch, Dinge besprochen werden, die uns auf den Nägeln brennen, wollen wir nicht nur hinterher darüber informiert werden. Ich akzeptiere sachlich das schon mit der Vertraulichkeit. Aber ich möchte, dass jemand von uns aus der Zivilgesellschaft, die jetzt auch so lange hier einige von uns an diesem Prozess beteiligt sind – auch gewählte Vertreter*innen der Öffentlichkeit, die an diesen Grundsatzfragen, die Frau Arzberger aufgerufen hat, z.B. `Was ist der Sinn des Runden Tisches‘, daran sollten wir mitbeteiligt sein. Das wollte ich nochmal mit allem Nachdruck sagen.“

Antwort Armin Grunwald (Ko-Vorsitzende des NBG)
„Ja vielen Dank. Das würde ich an ihrer Stelle genauso fordern. Ich muss aber hier als Ko-Vorsitzende natürlich auch die eigene Beschlusslage im NBG berücksichtigen. Und die ist ebenso, dass wir die Auftaktveranstaltung so planen, wie es auch in der Unterlage dann auch gestanden hat. Für alles weitere: Da ist ja noch nichts betoniert. Das ist ein Pfad, dass wir jetzt in die Zukunft hinein anlegen wollen und auch die ersten Schritte der Vorbereitung getan haben. Und es ist so, wie auch in der Diskussion eben mit Frau Arzberger gesagt. Das ist ja experimentell. Und wenn in einem lernenden Verfahren wirklich gelernt werden will, dann muss man auch bereit sein, Experimente einzugehen. Und da nehme ich Ihr Statement – und Herr Fox wird sicherlich in die gleiche Richtung etwas sagen wollen – natürlich ernst. Und nicht nur mit, sondern auch ernst. Wir werden –

und das kann ich ihnen zusichern – in der August-Sitzung im internen Teil darüber auch nochmal beraten, wie wir jetzt mit dieser Intervention umgehen. Das hat vielleicht noch keine Folgen für den Auftakt, aber vielleicht für danach. Das kann ich jetzt nicht sagen, weil ich ja nicht das NBG bin, sondern nur hier für das NBG spreche. Und da muss ich die aktuelle Beschlusslage einfach respektieren. Aber das Anliegen nehmen wir in der August-Sitzung in den internen Teil. Das bitte ich schon mal zu notieren, damit wir das dann auch da drin haben.

Von: Andreas Fox
An: NBG
Thema: Runder Tisch
Anmerkung
„Vielen Dank. Nur eine ganz kurze Anmerkung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das NBG nicht in der Lage ist für eine Auftaktveranstaltung im September, wo Sie erstmal nur diese Auftaktveranstaltung ansprechen, eine Modifikation des Settings vorzunehmen."

Antwort Armin Grunwald (Ko-Vorsitzender NBG)
„Danke, dass Sie uns das zutrauen. Ich glaube, wir trauen uns das selber auch zu. Aber das muss erst einmal beraten werden."

Von: Andreas Fox
An: NBG
Thema: Runder Tisch
Anmerkung: Ja, natürlich.

Von: Eva Bayreuther
An: NBG
Thema: Runder Tisch
Frage
„Darüber zu beraten, ob die Zivilgesellschaft daran teilnehmen darf, das finde ich schon mal ein super Zeichen. Vielen Dank dafür. Ansonsten wollte ich noch das bekräftigen, was Asta von Oppen gerade gesagt hat. Und auch noch einen kurzen Gedanken von mir dazu geben, warum ich das für so wichtig halte. Ich nehme wahr, auch in letzter Zeit in Loccum und verschiedenen anderen Veranstaltungen, dass häufig so ein bisschen auf die Regionalkonferenzen schon geschielt wird, was die Öffentlichkeitsbeteiligung angeht. Aber ich glaube, wir dürfen nicht unterschätzen, dass jetzt die Zeit ist, wo Narrative für über das Verfahren gebildet werden. Und da ist es wichtig, dass die Öffentlichkeit dabei ist, damit einfach Vertrauen da ist – auch gerade dann, wenn die Regionalkonferenzen anfangen. Und deswegen ist es wichtig, dass Leute aus der Zivilgesellschaft dabei sind, die später berichten können: Das war alles gut. Also da braucht es dieses Narrativ: Es ist alles gut gelaufen. Und deswegen ist es wichtig, dass da Menschen aus der Zivilgesellschaft schon dabei sind und das auch später darüber berichten können. Und in Loccum hat ein Mitglied der Endlagerkommission auch so schön gesagt: Es darf nicht vergessen werden: Das Gesetz wurde für, um die Öffentlichkeit herum gebaut. Und das wollte ich an dieser Stelle noch so ein bisschen in den Raum werfen, dass man das ein bisschen mit bedenkt."

Anmerkung Maike Weißpflug (BASE)
„Ich habe auch noch eine Sache, die wir mit bedenken sollten. Dass wir nicht eben sehr nah verwandte, unterschiedliche Formate in großer Anzahl schaffen. Das PFE ist ja auch ein Format, wo wir alle gemeinsam sitzen und das muss sich ja auch unterscheiden, von dem, was ein Runder Tisch sein will. Ich glaube, das zeigt einfach nochmal, dass das noch geschärft werden muss: Was machen wir gemeinsam mit welcher Zielstellung in welchen

Runden und wie transparent auch immer, da haben sie ja vollkommen Recht, das einzufordern, dass die Zivilgesellschaft informiert bleibt, aber da brauchen wir, diese Diskussion zeigt eine große Klarheit über die Formen und Runden, in denen wir uns treffen."

Anmerkung Armin Grunwald (Ko-Vorsitzender NBG)
„Ich meine, der Auftakt wird ja einen anderen Charakter haben, als der Runde Tisch selbst. Und ja, von daher ist hier selbst eine ganz gute Option auch da. Zusage steht, wir beraten im August, das entsprechend zu organisieren und da haben wir hier die Argumente gehört. Weiter kommen wir jetzt hier nicht. Aber das ist auch nicht nichts. Vielen Dank auch für diese Beharrlichkeit, Frau von Oppen. Das Anliegen ist angekommen."

Von: Jörg Faber
An: BASE
Thema: Öffentlichkeitsbeteiligung
Frage
„Ich bin ja Mitglied im Beratungsnetzwerk, vielleicht für alle anderen, die mich noch nicht kennen. Ich muss auch eine Rückmeldung geben für den heutigen Tag, weil ich auch der Meinung bin: Das war schon ein Ritt. Was für eine Bereicherung auf der einen Seite, so viele Inhalte, so viel Input auch zu bekommen. Über die Verarbeitung muss man sich noch mal anders klar werden. Meine Frage in die Richtung ans BASE, weil wir die ganze Zeit über die Beteiligung der Zivilgesellschaft sprechen, weil wir auch immer wieder darüber sprechen, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung ist. Die Frage an BASE: Wie groß ist denn die Öffentlichkeitsbeteiligung oder welche Erwartungshaltung hat das BASE eigentlich, wenn man das überhaupt messbar kriegt?"

Antwort Maike Weißpflug (BASE)
„Ich muss nochmal zurückfragen, ob ich ihre Frage richtig verstanden habe. Meinen Sie für das gesamte Verfahren oder spezifisch die Rolle der Öffentlichkeitsbeteiligung?"

Jörg Faber
„Insgesamt über das gesamte Verfahren, weil ich weiß, dass es ja teilweise schon Auswertungen gab bei anderen Formaten, was über das Netz gelaufen ist. Das fand ich auch mal ganz spannend. Aber natürlich kann man das auch übertragen ins NBG rein. Wir stellen ja auch fest, gerade wenn im öffentlichen Sitzungsteil Fragen aus der Öffentlichkeit gestellt werden…Ist man mit der Beteiligungsquote zufrieden?"

Antwort Maike Weißpflug (BASE)
„Ja das ist für uns alle eine fortlaufende Aufgabe die Beteiligung auf gute Füße zu stellen und Menschen sukzessive über das Verfahren zu informieren, die bisher noch nicht informiert sind und einbezogen sind. Wir entwickeln dazu auch Methoden und sind dazu auch im Austausch, z.B. mit dem NBG. Auch bei der Akteneinsicht war das ein Thema, Jugendbeteiligung, Kommunen. Wir arbeiten auch mit Multiplikator*innen. Sie hatten nach dem Anspruch gefragt. Der Anspruch ist, einen signifikanten Teil der Bevölkerung zu erreichen und eben auch diejenigen, die jetzt noch nicht einbezogen sind im Verfahren. Das wird sich über die Zeit entwickeln. Wir haben ja auch eine Kurve der Betroffenheit, d.h. in der Phase der Regionalkonferenzen wird sich das nochmal verändern, wird sich auch der öffentliche Diskurs verändern. Und wir haben im Moment eine Phase, die sehr stark geprägt ist, von einem hochfachlichen Diskurs. Wir haben es heute erlebt. Wo wir natürlich die Schwierigkeit haben, viele Menschen einzubeziehen, die nicht durch eine Betroffenheit oder längere Beschäftigung z.B. in der Zivilgesellschaft ein Interesse oder eine gefühlte Betroffenheit mitbringen. Das heißt, wir arbeiten daran. Wir entwickeln auch Methoden

dazu, wie wir zielgruppengerecht Formate entwickeln können, eben um neue Menschengruppen zu erreichen und zu informieren – im digitalen und nicht-digitalen Raum. Das ist eine sehr große Aufgabe. Am Ende muss aber der Anspruch sein, die Bevölkerung dieses Landes mitzunehmen auf dem Weg zur Endlagersuche."

Frage Jörg Faber
„Okay, daran anknüpfend die Frage an Herrn Grunwald und das NBG. Verfolgt man da auch ein Interesse, gerade in den Sitzungen, bisschen mehr auf die Öffentlichkeit einzugehen? Oder ist es erst einmal so wie gehabt. Wer möchte, kann dazu kommen. Oder gibt es Initiativen, die Öffentlichkeit da besser abzuholen?"

Antwort Armin Grunwald (Ko-Vorsitzender NBG)
„Die Sitzungen des NBG sind unsere Sitzungen. Wir sitzen hier ja nicht, damit die Öffentlichkeit mitreden kann, sondern wir sitzen hier um unser Mandat zu erfüllen. Und wenn Sie an die heutige Sitzung denken: Da hat die Öffentlichkeit, die Vertretung der Zivilgesellschaft – obwohl nur klein an der Zahl – einen sehr hohen Diskussionsanteil gehabt. Einen so hohen, den ich vielleicht problematisieren würde. Weil, es war ja teilweise nicht unsere Diskussion mit den Sachverständigen, sondern Ihre Diskussion mit den Sachverständigen. Das ist ja ein erwünschter Effekt – das möchte ich ganz klar sagen. Und der ging deswegen, weil vom NBG selbst der Diskussionsbedarf mit den Sachverständigen scheinbar nicht so groß war. Wenn sie mal die reine Redezeit heute messen würden während der Diskussionen und vergleichen würden ‚NBG-Mitglieder und Zivilgesellschaft', dann wäre der Anteil der Zivilgesellschaft ausgesprochen hoch heute, vielleicht sogar über 50 Prozent. Und ich denke, das ist sehr viel. Natürlich, die Anzahl ist klein, wie an der Zahl der WebEx-Kacheln zu sehen ist. Und auch hier im Raum. Das ist zurzeit so. Wir bemühen uns mit den Mitteln, die wir haben, weiter. Aber unsere Mittel sind ja auch begrenzt. Wir haben ja auch Verschiedenes ausprobiert, was dann auch nicht so gut angenommen wurde. Es gibt Formate, wo punktuell Dinge angesprochen werden, Streitgespräche beispielsweise. Und wir tun, was wir können. Aber mehr können wir auch nicht tun. Dass es ein verbreitetes Desinteresse an diesem Thema gibt, bis zu dem Zeitpunkt, wo man irgendwo vielleicht selber in die Situation kommt, in einer möglichen Standortregion zu wohnen, das ist ein Fakt, den man hinnehmen muss. Man muss auch realistisch sein. Die Menschen haben Corona im Kopf, den Ukraine-Krieg, die Hitze und die Klimakatastrophe und sonst was und dann kommen wir auch noch mit Endlager an. Das muss man objektiv auch so akzeptieren, dass Menschen sich nicht für alles gleichzeitig engagieren und interessieren können. Nichtsdestotrotz ist es unsere Aufgabe, für eine möglichst gute Verbreiterung des Interesses zu sorgen. Und dafür stehen wir auch ein."

Antwort Jörg Faber
„Das ist auch fein. Das wird auch wahrgenommen. Das wollte ich ihnen auch als Rückmeldung geben, genauso wie es heute auch in der Sitzung gewesen ist, wie Sie es auch beschrieben haben – ob es urlaubsbedingt ist oder bedingt durch andere Faktoren – dass der Schwerpunkt nicht auf der Quantität liegt, sondern mehr auf der Qualität. Das haben Sie mit unterstützt und wenn das NBG das weiterverfolgt, freue ich mich natürlich. Und genauso, wie Sie es auch beschrieben haben: In der Qualität kamen auch gute Fragen. Und deswegen auch danke nochmal an alle, die sich da aktiv daran beteiligen."

TOP 8

Verschiedenes

a. Bericht der Fachgruppe III Strahlenschutz und Sicherheit über den Fachworkshop des BASE zur Berechnungsgrundlage für die Dosisabschätzung bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle (Information; Klaus Brunsmeier und Werner Rühm)

Zu TOP8a:

Klaus Brunsmeier und Werner Rühm berichten vom 3-tägigen Fachworkshop zum Entwurf einer Berechnungsgrundlage für die Dosisabschätzung bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle, der sehr fachlich, sehr gut vorbereitet und inhaltlich hoch spannend war. Rund 30 Personen diskutieren dort die rund 300 zum Dokument eingegangenen Kommentare. Eine lange diskutierte Frage war, wo ist die Grenze zwischen Biosphäre und Geosphäre zu ziehen?

Auch Dr. Anne Eckhard und Prof. Franz-Josef Maringer nahmen zeitweise am Workshop teil. Beide hatten im vergangenen Jahr je ein Gutachten zum Entwurf der Berechnungsgrundlage für das NBG erstellt. Man dankte beiden für ihre Bemühungen.

Darüber hinaus sei es für das BASE eine große Aufgabe die Inhalte des Dokuments auch in einer für die Öffentlichkeit verständlichen Art und Weise aufzubereiten.

Protokoll: Aygül Cizmecioglu, Yasmine Kühl, Venio Quinque, Dr.-Ing. Claudia Strobl, Dr. Heiko Zumsprekel